№ 62
A 32
Morgen-Ausgabe

Berlin

Freitag, 6. Februar 1925
V

Vossische Zeitung

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vereint). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen „Musikblatt" — „Recht und Leben" — „Umschau in Technik und Wirtschaft" — „Für Reise und Wanderung" — „Literarische Umschau"

Wöchentlich 1.– Mark monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark: mm-Zeile 25 Pfg., Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfg. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3668, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Weltkongreß der Gewerkschaften.

Moskau und Amsterdam.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 5. Februar.

Die gesamte politische Welt in London, ohne Unterschied der Partei oder der wirtschaftspolitischen Einstellung, verfolgt mit größter Spannung die heute in Amsterdam beginnenden Verhandlungen des Vorstandes der sozialistischen Gewerkschaftsinternationale über den russischen Vorschlag, einen Weltkongreß der Gewerkschaften einzuberufen, zur Herbeiführung der Fusion der Amsterdamer und der Moskauer Gewerkschaftsinternationalen.

Der englische Gewerkschaftskongreß ist bekanntlich in dieser Frage geteilter Auffassung. Der von Thomas geführte rechte Flügel wünscht, jedes Zusammenarbeiten der demokratischen Zweiten Internationale mit der syndikalistisch-kommunistisch-terroristischen Dritten Internationale der Gewerkschaften abzulehnen. Eine starke Minderheit in der englischen Gewerkschaftsbewegung, vertreten durch die Dockarbeiter und die Bergarbeiter, verlangt, daß auf Grund der günstigen Berichte der türkisch abgeschlossenen englischen „Gewerkschaftsenquete" in Rußland wenigstens auf einem Weltkongreß der Versuch gemacht werd, festzustellen, ob eine Einheitsfront des Proletariats auf einer für demokratische Sozialisten tragbaren Basis gefunden werden könne. Scheitere ein solcher Versuch, so bildet nach Ansicht der Minderheit die Oeffentlichkeit eines Weltgewerkschaftskongresses die geeignete Plattform, die wahre Natur der Dritten Internationale zu enthüllen.

Da man in England seit Monaten mit großen Streiks bei den Eisenbahnen und dem Bergbau rechnet, hat Thomas darauf verzichtet, diese Streitfrage innerhalb des englischen Gewerkschaftskongresses auszutragen. Er ist sogar, um eine Zuspitzung des Gegensatzes des rechten und linken Flügels in der englischen Gewerkschaftsbewegung zurzeit zu vermeiden, auf Reisen gegangen und wird erst eine Woche nach der Entscheidung in Amsterdam in England zurückerwartet. Die beiden Führer der englischen Gewerkschaftsdelegation, die seinerzeit nach Rußland gegangen ist, Purcell und Bramley, werden nun — allerdings ohne ausdrückliche Zustimmung des englischen Gewerkschaftskongresses — auseinandersetzen, warum sie für die Einberufung eines Weltkongresses eintreten.

Thomas rechnet damit, daß die mitteleuropäischen und westeuropäischen Gewerkschaften, vor allem der Franzosen, Belgier, Holländer und Deutschen, den Weltkongreß ablehnen werden. Lehnt der Vorstand der Amsterdamer Internationale den Weltkongreß ab, so ist nach Ansicht des englischen rechten Flügels keine Möglichkeit für Mehrheit oder Minderheit in der englischen Gewerkschaftsbewegung vorhanden, eine organisatorische Anknüpfung an Moskau zu suchen, solange die englischen Gewerkschaften — und das tun alle Großgewerkschaften — darauf Wert legen, bei der Amsterdamer Internationale angeschlossen zu bleiben.

Durch diese Taktik hofft der stärkere rechte Flügel der englischen Gewerkschaftsbewegung, der Notwendigkeit überhoben zu werden, die Annäherungsvorschläge der Russen innerhalb des englischen Gewerkschaftskongresses niederzustimmen. Zugleich würde damit eine starke Spannung innerhalb der englischen Gewerkschaftsbewegung vermieden werden, die man angesichts der bevorstehenden Lohnkämpfe für äußerst gefährlich hält.

Crewe zur Sicherheitsfrage.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wf **Paris**, 5. Februar.

Der englische Botschafter in Paris, Lord Crewe, hat heute mittag an einem Essen teilgenommen, zu dem die Gesellschaft der „Freunde Frankreichs" französische und englische Journalisten geladen hatte. Der Botschafter hielt eine Rede, in der er u. a. erklärte: Man dürfe sich nicht verhehlen, daß die europäische Politik an einem schwierigen Punkt angelangt ist. Die Freundschaftsgefühle zwischen den Verbündeten seien die alten, aber es ständen jetzt Friedensprobleme zur Diskussion, die äußerst kompliziert sind und deren Lösung von Tag zu Tag schwieriger werde. Auf wirtschaftlichem Gebiet sei ein günstiger Augenblick benutzt worden, um den Dawes-Plan zu verwirklichen. Man müsse sich hüten, der günstigen Augenblick zur Regelung der Sicherheiten und des endgültigen Friedens ungenutzt vorübergehen zu lassen. Das Ziel der europäischen Politik müsse die Wiederherstellung des Vertrauens in allen europäischen Ländern sein, in politischen wie in wirtschaftlichen Fragen.

Die Krise in Preußen.

Bereitschaft des Zentrums.

Nach Schluß der Fraktionssitzung des Landtags vereinigten sich gestern die Fraktionsführer des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten zu einer interfraktionellen Besprechung. In einer mehr als einstündigen Beratung wurde die durch den Rücktritt Brauns geschaffene politische Lage besprochen. Das Zentrum erbot sich, für die Koalition einen ihrer Partei angehörigen Kandidaten für die am Dienstag stattfindende Ministerpräsidentenwahl zu stellen. Man einigte sich dahin, am Sonnabend eine neue interfraktionelle Besprechung stattfinden zu lassen.

Das Zentrum hat zwei Kandidaten in Aussicht, die beide nicht dem Landtag als Mitglieder angehören, den in der Presse schon vielfach genannten Dr. Horion und eine bisher führende Persönlichkeit im Reich. Von beiden Herren liegt bis zur Stunde keine endgültige Zusage vor. Bis Sonnabend aber glaubt das Zentrum diese Zusage erhalten zu haben. Es wird dann mit seinem Kandidaten in der interfraktionellen Besprechung erscheinen, und dieser wird den Fraktionsführern der Demokraten und Sozialdemokraten sein Programm entwickeln, damit diese Parteien dann sofort Stellung nehmen können.

Rathusius' Berufung abgelehnt.

Drahtmeldung.

Paris, 5. Februar.

Die Strafkammer des Kassationsgerichtshofes hat die Berufung des Generals v. Rathusius zurückgewiesen.

Die Strafkammer des Kassationsgerichtshofes hat sich auf folgenden Standpunkt gestellt: Der Verteidiger des Generals v. Rathusius, Advokat Mornat erklärt, die Zusammensetzung des Kriegsgerichtes sei nicht nach den bestehenden französischen Gesetzen erfolgt. Der Angeklagte sei ein General. Er hätte also nur von einem aus Generalen bestehenden Gerichtshof abgeurteilt werden können. Der Generalstaatsanwalt erklärt, diese Einwände seien nicht stichhaltig, da sich General v. Rathusius ein Vergehen gegen das gemeine Recht habe zuschulden kommen lassen, deshalb sei er als ein einfacher Zivilist behandelt worden, da er ja kein Kriegsgefangener sei. Unter diesen Umständen müsse die Revision zurückgewiesen werden.

*

Nach dem Entscheid des Kassationsgerichtshofes gibt es nach der französischen Gerichtsbarkeit keine weitere Instanz mehr. Die Berufung ist also endgültig zurückgewiesen. Der Entscheidung selbst kommt, soweit sie die Person des deutschen Generals betrifft, nur noch theoretische Bedeutung zu. Durch das Freilassungsdekret Herriots ist Rathusius der Konsequenz des Liller Spruches enthoben worden. Zur Sache selber ist noch einmal das zu betonen, was seinerzeit einmütig von allen Deutschen gesagt wurde, daß es einer Kulturnation unwürdig ist, den Krieg mit allen seinen entsetzlichen Folgen dadurch in der Erinnerung wachzuhalten, daß man ihn vor das Gerichtsforum zerrt. Die französischen Richter haben sicher nicht der Gerechtigkeit gedient, indem sie den Spruch des Liller Kriegsgerichtes, der sich auch dem Zusammenfallen aller Anklagen gegen Rathusius allein auf den angeblichen „Diebstahl" von Tafelgeschirr im Werte von 500 Franken stützte und auf ein Jahr Gefängnis lautete, auch weiterhin aufrecht erhielten. Dieser Entscheid wird in Deutschland ebensowenig anerkannt werden, wie das Urteil des Liller Kriegsgerichtes. Für die französische Justiz ist der Fall Rathusius damit erledigt, der Gerechtigkeit aber steht noch sehr viel Arbeit bevor.

Liberaler Wahlerfolg in Aegypten

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 5. Februar.

Nach den heute abend in London vorliegenden genaueren amtlichen Angaben über den Verlauf der Wahlmännerwahlen in Aegypten stellt sich heraus, daß die Siegeszuversicht der Nationalisten unter Zaglul Pascha nicht gerechtfertigt ist. Die Mehrheit der gewählten Wahlmänner, die ihrerseits wieder die Mitglieder der Kammer wählen werden, gehören der liberalen verfassungstreuen Regierungspartei an.

Die bayerische Königsfrage.

Von

Dr. Richard Huldschiner,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

* **München**, im Februar.

Oesterreich und Ungarn befinden sich in einer Krise, die die Möglichkeit eines monarchistischen Umschwungs neuerdings wieder mehr in die Nähe gerückt hat, wenn man immer bestimmter auftretenden Nachrichten über diese Art in der letzten Zeit trauen darf. Freilich liegt die Gefahr nicht bei den betriebsamen Herren von Werkmann und seiner Auftraggeberin etwa, sondern in einer, wenn auch nicht von einer Majorität betätigten, Volksstimmung, die das Ende aller Schrecken in der Wiederaufrichtung eines nun wieder von Verfehlung gereinigten Thrones erblicken möchte.

Von Bayern gehen allerlei Fäden hinüber und herüber; die Annahme, daß es in den Strudel hineingezogen werden könnte, ist zum mindesten steter Beachtung wert.

Auch hier wird auf monarchistischer Seite ständig gearbeitet. Die königstreue Agitation hat durch größere Geldzuwendungen offenbar neuen Antrieb gefunden. Der „Bayerische Herold" erscheint als Wochenschrift, die Verbindung mit dem „Reichsherold", der die Errichtung von fünf Königtümern unter Vormachtstellung Preußens propagiert, mag eine nur lockere sein, weil ein solches Programm den Gegensatz zwischen Hohenzollern und Wittelsbach für einen Bayern nicht befriedigend auflöst, aber die Grundstimmung ist die gleiche.

Daher müssen z. B. die inneren Vorgänge im „Heimat- und Königsbund" unserer Auffassung nach zur Vorsicht mahnen. Die Persönlichkeit des 1. Landesleiters, Obergeometer Kanzler, schien dem nach langer Krankheit wieder ins politische Leben zurückgekehrten Dr. Heim für die Schlagkraft und Festigkeit des Bundes abträglich. Kanzler war aus seinem staatlichen Amte, das er angeblich vernachlässigt hatte, geschieden, um allen etwa sich ergebenden Weiterungen die Spitze abzubrechen. Heim hielt ihn daher nicht mehr für geeignet, den Bund vor Schädigungen sicher zu bewahren. Kanzler hatte mit Drohungen geantwortet, aber in der Oberpfalz z. B. standen die 170 Ortsgruppen, deren jede doch an die 60 Mann umfaßte, hinter dem „ungekrönten König" Bayerns.

Im Bund gab es namentlich bei den Gemeindewahlen Listen und Gegenlisten, die Oeffentlichkeit nahm von dem Streit unter den königstreuen Partikularisten mehr Notiz, als ihnen lieb sein konnte, darum wurde eine Einigung angebahnt, die nach den Ankündigungen des „Bayerischen Herolds" bald in die Tat umgesetzt werden wird. Aber das Ganze, das sich als ein Versuch darstellt, Schädigungsmöglichkeiten in forciertem Vorgehen auszuschließen, gibt zu Vorsicht Anlaß.

Ein den Monarchisten nahestehender Gewährsmann erklärte mir bestimmt, daß irgendwelche Aktionsabsichten nicht bestünden. Das Ganze läge vollkommen auf gedanklichem Gebiet. Nur das eine sei sicher, daß die Verhältnisse im Lande in der gegenwärtigen Form nicht haltbar seien, denn die Gleichgewichtslage sei nur labil. Fast im gleichen Augenblick hatte das der neue Reichskanzler, wenn auch in anderer Form, im Reichstage zum Ausdruck gebracht, indem er an der Weimarer Fassung eine Kritik übte, die den Blättern der Bayerischen Volkspartei, namentlich dem vom Ministerpräsidenten Held inspirierten „Regensburger Anzeiger", Veranlassung gab, die „Verfassungsreform" und die dazu erhobenen „bayerischen Forderungen" als einem „allgemeinen deutschen Bedürfnis" entsprungen zu bezeichnen, das um so gebieterischer auftrate, je mehr wir uns „von der Revolution entfernten".

Im Hintergrund dieser Erwägungen steht der König.

Mein Gewährsmann betonte, daß nach seiner genauen Kenntnis der Dinge die Versicherung der Staatsregierung, die Staatsautorität müsse aufgebaut und gegen jede Bedrohung, komme sie nun von rechts oder von links, mit aller Wucht gesichert werden, Anspruch auf unbedingte Geltung erhebe. Mit Putschen sei in Bayern nichts mehr zu machen. Ueber die Roheit des Kampfes, wie er in den letzten Jahren von gewisser Seite geführt worden sei, müsse und werde man hinwegkommen. Die ideenhafte Entwicklung habe das Wort, die Politik des Intellekts habe die der Gefühlsmäßigkeit ersetzt, das Volk selbst werde sich so vorbereitet und seiner Verantwortung bewußt, zu entscheiden haben und, ohne den Boden der Verfassung zu verlassen, die letzte Entscheidung treffen. Ob die geltende Verfassung gut oder schlecht sei, könne keine Rolle spielen. Sie sei da und müsse sich selbst auf legalem Wege regenerieren.

Freilich, nach der Auffassung dieses, sehr leidenschaftslos klugen Politikers würde die Monarchie, die wir gehabt hätten, mit ihren aus einer Feudalzeit stammenden Prärogativen nicht wiederkehren. Aber es wird eine Monarchie sein. Denn „nicht nimmt gegen die Republik die Vielheit ein, weil die Erkenntnis der Größe der Entwicklung der Menschheit auch im Staat auf die Einheit gestellt ist."